

1. Mai 2019 in Thun.

Referat von Corrado Pardini. Es gilt das gesprochene Wort.

Öffentliches Glück

Die soziale Frage ist zurück.

Liebe Freundinnen und Freunde

Kürzlich hat mich einer gefragt: Was sind Sie nun eigentlich, Gewerkschafter oder Politiker? Der Mann hat wohl gedacht, das sei eine besonders kritische Frage.

Ich hätte ihm sagen können, dass mein gelernter Beruf Maschinenschlosser ist und dass wir in einer gewählten Volksvertretung, die diesen Namen wirklich verdiente, eigentlich viel mehr Vertreter der Arbeitenden bräuchten, nicht nur Advokaten, Fürsprecher, Banker und Lobbyisten.

Oder ich hätte ihm vom freisinnigen Putschversuch erzählen können, den wir jetzt im April gerade noch verhindert haben. Würden wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Parlament nicht aktiv und aufmerksam für eure Interessen arbeiten, hätte der freisinnige Bundesrat Cassis, zusammen mit Economiesuisse, den Schutz der Löhne, die Flankierenden Massnahmen und das erkämpfte Schweizer Sozialsystem ausgehebelt. Via Rahmenvertrag. Wir haben diesem FDP-Buebetrickli einen Riegel geschoben.

Doch ich habe dem Mann nur gesagt: „Gewerkschaft und Politik gehören zusammen. In beiden geht es um die Emanzipation von Zwängen und ein besseres Leben.“ Ich weiss nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie euch das geht, aber ich bin gerne Mensch. Ich sage das, weil gerade viel vom Ende der Menschheit geredet wird. Manche glauben, der grosse Kollaps der Ökosysteme sei wahrscheinlicher als eine gründliche Reform des Wirtschaftssystems, das diesen Kollaps produziert.

So erstaunlich ist das gar nicht. Der aktuelle Finanzkapitalismus ist zwar auch nur eine von vielen möglichen Wirtschaftsformen. Doch die Propaganda der Klimaleugner ist mächtig. Sie nehmen den Öko-Kollaps billigend in Kauf, also auch ein mögliches Ende der Menschheit. Bis es soweit ist, finden sie, können sie noch raffen, zerstören und prassen. Wer sind diese Leute? Die Bräunlichen von der SVP, dieselben Leute, die Trump, Salvini, Orban, Bolsonaro und andere Verächter der Demokratie feiern. Die Blauen von der Atom-Partei Freisinn, der Partei mit dem höchsten CO²-Ausstoss. Und jene Herren des Kapitals, die seit 40 Jahren die „kreative Zerstörung“ predigen und Tausende von Lobbyisten teuer dafür bezahlen, dass noch möglichst viel Gift in den Boden und in die Luft kommt, und auch sonst die Zerstörung ungestört rast. Denn sie bläst die Bilanzen und Milliardenboni auf. Noch.

Diese Leute verdienen dickes Geld damit, dass sie die Katastrophe anrichten. Nach mir die Sintflut ist ja überhaupt die Regel des neoliberalen Kapitalismus: Abzocken jetzt und heute, die Kosten für andere und morgen. Ist das die Schweiz, in den wir leben möchten? Nein. Wir, die wir hier stehen, liebe Freunde, wollen mehr Gerechtigkeit: Für uns ist es nicht akzeptabel, nebeneiner Kollegin zu arbeiten, die für die gleiche Arbeit noch immer deutlich weniger verdient, als wir. Lohnungleichheit ist nicht nur ungerecht und dumm ist, sondern seit Jahrzehnten auch illegal und verfassungswidrig. Finden wir das richtig, dass die Schweiz so wenig für die Gleichstellung tut, auf allen Ebenen, nicht nur beim Lohn? Ich nicht!

Die neueste OECD-Studie zeigt, dass 60 Prozent der Menschen in den Ländern des entwickelten Kapitalismus heute weniger zum Leben haben, als vor 30 Jahren. Das ist eine Bankrotterklärung. Lohn und Kaufkraft sind dabei nur das eine Problem. Was für unsere Gesellschaften noch gefährlicher ist: Die Chancen von zwei Dritteln der Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, brechen weg. Die Konzerne stehlen uns und unseren Kindern die Zukunft. Darum sind wir heute alle hier. Denn auf euch, liebe Genossinnen und Genossen, kommt es jetzt an. Mehr an denn je. Denn seht ihr, die Angst hat nicht nur den absteigenden Mittelstand gepackt. Die Mächtigen und Reichen würden es nie zugeben, aber sie fürchten Euch. Sie haben Angst vor dem Aufstand.

Den ihnen ist einiges in die Knochen gefahren. 2008 und die Folgen. Der Zerfall der grossen Parteien in vielen Ländern. Die immer militantere Klimabewegung. Die vielen Streiks und die ungezählten Mobilisierungen der Zivilgesellschaft. Und dann auch noch die Gelben Westen. Sie sind seit Monaten ein grosses Thema, an den Champagnerfeten in Davos und anderswo. Präsident Macron, der Sozial-Sadist, hat zeitweise 80'000 Polizisten und Militärs und Kriegsgerät aufgeboten, und erliess einen Helikopter aufs Elysée stellen, um rechtzeitig nach Deutschland zu flüchten. Das geschieht gleich nebenan. Ist die Schweiz eine Insel? Ich zweifle daran. Eigentlich sind die Forderungen der Gelbwesten alles andere als revolutionär. Anfang April haben sie 200 Basiskomitees aus dem ganzen Land versammelt. Sie verlangten mehr zum Leben. Höhere Löhne, sichere Altersversorgung, einen starken Service public. Mehr für den Umweltschutz und mehr Demokratie. Kommt mir irgendwie bekannt vor. Was sagt es über unsere Zeit, wenn die Regierung im Land der Menschenrechte deswegen eine so wütende Repression losstritt? Die Mächtigen schauen uns mehr denn je sehr genau aufs Maul und auf unsere Social media. Ihre Hof-Soziologen und Politikwissenschaftler haben für die Zustände eine neue Theorie: Öffentliches Unglück, privates Glück. Sie glauben, dass wir privat eigentlich ganz glücklich seien, weil die Umfragen das so behaupten. Gleichzeitig finden immer mehr Menschen, so haben sie ermittelt, die Regierungen ganz fürchterlich, viele fürchten einen Jobverlust und den Zerfall der sozialen Sicherheit. Und noch schlimmere Dinge wie den Umweltkollaps. Vor allem trauen die Bürgerinnen und Bürger der Politik nicht mehr zu, diese Zustände ändern zu können. Oder auch nur zu wollen. Aber Angst essen Seele auf. So bekommen jene Oberwasser, die Sündenböcke suchen. Sündenböcke wie Flüchtlinge und Migranten. Die EU. Die Armen und die Schwächeren. Diesen Rechtsextremen, wie sie sich in der Schweiz nicht nur in der SVP versammeln, geben wir keinen Fuss Boden breit. Nationalismus, wie auch immer der gefärbt ist, hat Massenmord und zwei Weltkriege angerichtet, ungezählte Kolonialkriege, Genozide und die Shoa. Nationalismus ist unser grösster Feind. Weil er uns verblöden lässt. Wir sind solidarisch mit den Arbeitenden im Ausland und den ausländischen Kolleginnen und Kollegen hier in der Schweiz. Es ist doch simpel: Wir wollen keine bulgarischen Arbeitsbedingungen in der Schweiz, sondern gemeinsam mit unseren europäischen Kolleginnen und Kollegen, den Lohnschutz in ganz Europa verbessern, auch in Bulgarien zum Beispiel. Punkt.

Aus der Wirtschaftskrise 2008 ist inzwischen eine weltweite Krise der Demokratie geworden. Die Mächtigen, die seit zehn Jahren sämtlichen neuen Wohlstand konfiszieren, setzen auf ein neues Modell: den autoritären Neoliberalismus. Wie Macron. Oder Trump und Salvini. Die gute Nachricht ist: Das geht nicht, solange Ihr alle hier seid. Denn in Wahrheit ist die Theorie vom privaten Glück und vom öffentlichen Unglück Mumpitz. Wir wissen alle, dass unser privates Glück und das öffentliche Glück Hand in Hand gehen. Heute übersehen manche von den Mächtigen das Entscheidende: Die soziale Frage ist zurück, mit Wucht, ganz oben auf der Tagesordnung.

Wir stehen an einer Epochenwende.

Im Kern senden der Zerfall grosser Parteien und Bewegungen wie die Gilets Jaunes eine wichtige Botschaft aus: Die Menschen wollen sich wieder selber um ihre Dinge kümmern. Die Zeit der Leute bricht an, der Drang zu einer vertieften Demokratie. Sie trauen sich das zu. Sie können das. Für uns ist das eine starke Botschaft. Denn wir sind da als Gewerkschafter mittendrin: In den Betrieben. Auf der Strasse. In der Politik.

Weil wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Zeitenwende stehen, ist das kein 1. Mai wie andere. Ihr macht jetzt den Unterschied. Im Oktober wählt die Schweiz ein neues Parlament. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass es ein Parlament für die Herausforderungen der 20er Jahre wird. Ein Parlament, das die Zerstörung beendet und die soziale Frage wieder ins Zentrum stellt. Wir haben zwei epochale Reformen durchzusetzen: Den ökosozialen Umbau mit einer starken Industriepolitik. Und die Sicherung der Sozialwerke. Zuvorderst der AHV. Zudem müssen festigen, was wir schon erreicht haben. Etwa der Schutz von Arbeitnehmenden über 50. Den Ausbau des Service public für das digitale Zeitalter. Die Gleichstellung darf nicht kein Jahr mehr warten. Doch was ist mit dem Weltuntergang? Endzeitstimmung ist für Untertanen. Wir sind keine Untertanen.

Es ist schon eine ganze Weile her, da sassen ein befreundeter Ökonom und ich hier in der Nähe in einem Raucherstübli zusammen und haben uns als Industriegewerkschafter gefragt, wie der ökologische Umbau zu packen wäre. Wir waren fasziniert. Danach haben wir monatelang gelesen, nachgeforscht und Fachleute auf der ganzen Welt gefragt. Und wisst Ihr was, liebe Kolleginnen und Kollegen? Es wäre keine Hexerei. Wind und Sonne sind heute schon billiger als Atom und Öl. Netzwerk-und Steuertechniken stehen bereit. Der Umbau würde Zehntausende von Arbeitsplätzen auf dem Bau, in der Industrie und bei den Dienstleistungen schaffen. Wir würden reicher und nicht ärmer. Also haben wir ein Programm für den ökologischen Umbau und eine nachhaltige Industriepolitik geschrieben. Sogar Knacknüsse wie seine Finanzierung haben wir geklärt.

Wir nehmen die Dinge in die Hand.

Ich gebe Euch Rendez-vous am 14. Juni hier auf dem Bundesplatz!

Es lebe der 1. Mai!.

Corrado Pardini.

Unia Schweiz, 1.5.2019.

Personen > Pardini Corrado. 1. Mai Thun. Referat. Unia Schweiz, 2019-05-01